

«Wir müssen uns bei der Initiative von Fakten und nicht von Emotionen leiten lassen»

Thomas Blank von der FDP Rheintal ist gegen die Selbstbestimmungsinitiative. Im Interview erklärt er weshalb.

Wie fühlt es sich an, sich im Abstimmungskampf gegen einen unsichtbaren Gegner zu engagieren?

Thomas Blank: Politikern und politisch interessierten BürgerInnen war von Beginn an klar, wer hinter der Selbstbestimmungsinitiative steht: Die SVP und in diesem Zusammenhang auch die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Dennoch dürfte zahlreichen SchweizerInnen auf den ersten Blick nicht klar sein, dass die SVP der Absender ist. Dies macht es für uns als Gegner der Vorlage nicht gerade einfach, die StimmbürgerInnen von einem Nein zu überzeugen. Auch deshalb, weil die Initianten urschweizerische Werte wie zum Beispiel die direkte Demokratie mit ihrer Vorlage in Verbindung bringen.

Abstimmungsvorlagen in der Schweiz sind – insbesondere, wenn es um Europa geht – häufig umstritten und werden emotional geführt. In den letzten Wochen wurde von der Initiativseite der Kampf gegen «Fremde Richter» ausgerufen. Wie erlebten Sie die Diskussionen rund um die Selbstbestimmungsinitiative?

Es wird wenig inhaltlich argumentiert. So versuchen die Befürworter mit Schlagwörtern wie «fremde Richter» oder «Selbstbestimmung»

gezielt, die Emotionen der Stimmbewölkerung anzusprechen. Es ist wichtig, dass wir der Bevölkerung sachlich aufzeigen, mit welchen Konsequenzen wir im Falle einer Annahme der Vorlage zu rechnen hätten.

Selbstbestimmung ist das zentrale Stichwort des Pro-Lagers. Inwiefern ist die Selbstbestimmung der Schweizer Demokratie unter Druck, wenn es am 25. November zu einem Nein kommt?

Überhaupt nicht; wir SchweizerInnen können schon jetzt gegen Beschlüsse des Parlaments ein Referendum ergreifen, so auch gegen das Abschliessen von internationalen Verträgen. Überdies ist es uns möglich, bereits abgeschlossene Verträge zu kündigen, vorausgesetzt wir sammeln 100 000 Unterschriften für eine Initiative. Wir sind also schon jetzt selbstbestimmt.

Sie arbeiten auf dem Sozialamt Altstätten. Betrifft die Initiative Ihren Berufsalltag?

Nein. Für meinen Berufsalltag ändert die Initiative nichts. Ich setze mich allerdings für die Rheintaler Privatwirtschaft ein, welche Arbeitsplätze generiert. Unsere offene und international vernetzte Wirtschaft ist auf stabile internationale Beziehungen angewiesen; nur schon aufgrund der Grenz Nähe zu Österreich und Deutschland. Sollte es zu einer Annahme der Vorlage kommen, wüssten weder wir noch unsere Nachbarn mehr, was gilt und



Thomas Blank, FDP Rheintal, wirbt für ein Nein zur Selbstbestimmungsinitiative. z.V.g.

was nicht. Wir würden uns mit Rechtsunsicherheit konfrontiert sehen. Insbesondere exportorientierte Unternehmen hätten den Schaden zu tragen.

Bei eigenen Initiativen wusste die SVP in den letzten Jahren immer mit Plakaten zu provozieren, sei es bei der Minarett-, der Durchsetzungs- oder der Masseneinwanderungsinitiative. Nun setzt die Partei auf neutrales gelb und auf Köpfe anstelle von Karikaturen. Sehen Sie dies als eine Folge der «prestigeträchtigen» Durchsetzungsinitiative, welche klar abgelehnt wurde?

Ja. Die SVP scheint gemerkt zu haben, dass sich mit einem zu aggressiven Auftreten keine Abstimmungen mehr gewinnen lassen. Zudem gibt es bei vielen BürgerInnen eine Art Abwehrreflex, sobald SVP draufsteht. Bei der derzeitigen Kam-

pagne hat man bewusst darauf verzichtet. Das neue Design lenkt sehr gut davon ab, wer eigentlich hinter der Vorlage steht.

Sie werben auf Plakaten der FDP für ein Nein. Weshalb?

Zuerst hat sich Selbstbestimmung gar nicht so schlecht angehört. Bin doch auch ich stolz darauf, dass die Schweiz ein unabhängiger und wirtschaftlich erfolgreicher Kleinstaat ist. Dennoch habe ich mich intensiv mit der Vorlage beschäftigt und bin zum Schluss gekommen, dass wir ohne ein Nein enorm viel zu verlieren hätten. Man muss sich einmal vor Augen halten, dass über 5000 internationale Abkommen betroffen wären. Im schlimmsten Fall müsste ein Teil von ihnen Schlag auf Schlag gekündigt werden.

Inhaltlich will die Initiative die Bundesverfassung über das Völkerrecht stellen. Volksinitiativen wären somit gewissermassen die letzte Instanz – wo sehen Sie da die Gefahr?

Die grösste Gefahr besteht darin, dass sich unsere zahlreichen Vertragspartner nicht mehr sicher sein können, ob wir uns noch an die gemachten Vereinbarungen halten oder nicht. Mit jeder angenommenen Volksinitiative könnte sich die Situation für sie ändern. Neue Abkommen könnten nur unter Dauervorbehalt abgeschlossen werden. Ich glaube allerdings nicht, dass die Bevölkerung die Schweiz im Falle einer Annahme mittels Initiativen in

eine Art «Unrechtsstaat» verwandeln würde.

Welche zwei Szenarien sehen Sie bei einem Ja oder Nein zur Selbstbestimmungsinitiative für die Zukunft der Bilateralen Verträge?

Von einem Ja wären die Bilateralen über kurz oder lang betroffen. Wir passen unsere Verfassung ja bekanntlich ziemlich häufig an. Würde plötzlich ein Widerspruch zu den Bilateralen festgestellt, müsste wie bei anderen internationalen Abkommen neu verhandelt oder im schlimmsten Fall gekündigt werden. Mit einem Nein würde sich grundsätzlich nicht viel ändern. Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über ein Rahmenabkommen dürften sich aber nach wie vor schwierig gestalten. Ein Nein würde den EU-Vertretern zumindest anzeigen, dass wir unseren Teil der Vereinbarung einhalten und weiterhin am Verhandlungstisch Platz nehmen wollen.

Gemäss aktuellen Hochrechnungen sieht es nach einem knappen Nein am 25. November aus. Glauben Sie, dass sich da noch etwas tut oder sehen Sie dem Abstimmungsdatum gelassen entgegen?

Bis zum Abstimmungssonntag haben wir noch sehr viel Arbeit vor uns. Nur wenn wir es schaffen, die Stimmbewölkerung davon zu überzeugen, sich von Fakten statt von ihren Emotionen leiten zu lassen, werden wir am 25. November 2018 das gewünschte Nein erhalten. mm

Initiative: Warum ohne SVP-Logo?

Am 25. November kommt die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» kurz Selbstbestimmungsinitiative vors Volk. Im Interview erklärt Magdalena Martullo-Blocher, warum die EMRK bei Annahme doch nicht gekündigt werden müsste.

Frau Martullo-Blocher, Sie sind nicht nur SVP-Nationalrätin, sondern auch Unternehmerin. Wie wichtig ist das Ausland für Ihre Ems-Chemie?

Sehr wichtig. 98 Prozent unseres Umsatzes erwirtschaften wir im Ausland. Die Hälfte produzieren wir in der Schweiz. Wir haben in 24 Ländern eigene Unternehmen.

Trotzdem kämpfen Sie an vorderster Front für die Selbstbestimmungsinitiative. Ist das kein Widerspruch?

Im Gegenteil. Gerade weil ich die Welt kenne, kenne ich die Vorteile der Schweiz.

Und dabei haben Sie festgestellt ...

Die Schweiz hat eigentlich keine gute Ausgangslage für Wohlstand: Sie ist ein kleiner Markt, hat aufwändige Transportwege, keinen Meeranschluss und keine Rohstoffe. Und trotzdem sind wir im internationalen Vergleich an der Spitze mit Einkommen und Wirtschaftsleistung – und sehr innovativ. Das haben wir der direkten Demokratie zu verdanken. Das Volk hat immer wieder für viele Probleme einfache, unbürokratische Lösungen gefunden. Deshalb haben wir weniger Staat und die tiefsten Steuern und Abgaben. Nur deshalb können wir uns unsere hohen Löhne leisten.



SVP Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher wirbt für ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative: «Die EMRK steht in keinem Widerspruch zur Verfassung, sie muss bei einem Ja weder angepasst noch gekündigt werden.» z.V.g.

Aber es gibt doch noch andere Faktoren, die zum Erfolg der Schweiz beigetragen haben. Zum Beispiel Verhandlungsgeschick bei der internationalen Diplomatie.

Natürlich. Wir wollen uns doch nicht abschotten! Wir haben mehr Freihandelsabkommen als beispielsweise die EU. Gute Beziehungen zu anderen Staaten sind uns wichtig. Dem Volk auch: Es hat den grossen Verträgen zugestimmt.

Aber ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative wäre kein gutes Signal für solche Verhandlungen.

Das stimmt nicht. Kein anderes Land stellt das internationale Recht im Konflikt über das eigene, so wie es das Bundesgericht jetzt neu macht! Die Schweiz wird gerade wegen ihrer direkten Demokratie, der Rechtssicherheit und Beständigkeit von anderen Ländern sehr respektiert.

Die EU wäre über ein Ja am 25. November aber definitiv nicht erfreut.

Das mag sein. Das ist sie ja sowieso nicht. Die EU will, dass die Schweiz ihre Souveränität an sie abgibt. Zudem wollen sie unser Geld, indem wir etwa Kohäsionsmilliarden und EU-Programme mitbezahlen.

Sie haben vorher aus der Optik der Unternehmerin gesprochen. Wie kommt es denn, dass der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse sowie der Schweizer Gewerbeverband die Initiative ablehnen?

Leider sind diese Verbände heute sehr bürokratisch dominiert. Man folgt den Empfehlungen der Angestellten und hat nicht mehr den Mut, sich auch einmal querzustellen. Sie gehen den Weg des geringsten Widerstands, scheuen den Konflikt. Das konnte man auch bei der Nicht-

Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beobachten: Erst lobten die Verbände die Meldepflicht und jetzt beschwerten sie sich über die Bürokratie. Wir erkannten das Bürokratiemonster schon von Beginn an.

Aber der Gewerbeverband besteht ja aus Unternehmern. Die müssten doch Ihrer Meinung sein.

Vielen Unternehmern ist leider gar nicht bewusst, dass über die Hälfte der 70'000 Seiten an Regulierung aus Bern aus internationalem Recht stammt.

Jetzt widersprechen Sie sich. Einerseits sagen Sie, die direkte Demokratie sei das Erfolgsrezept der Schweiz. Und gleichzeitig sagen Sie, dass die Unternehmer zu wenig wissen, um richtig abzustimmen.

Gerade kleine und mittlere Unternehmer müssen sich um ihr Geschäft kümmern und haben nicht viel Zeit für Politik. Die Bürger hingegen nehmen Abstimmungen sehr ernst. Sie sind von den Auswirkungen ja auch direkt betroffen.

Noch einmal zu Economiesuisse. Jan Atteslander, Mitglied der Geschäftsleitung, hatte im Fernsehen gesagt, die Initiative würde das Freihandelsabkommen mit China gefährden.

Das ist Blödsinn! Das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat schriftlich bestätigt, dass auch dieser Vertrag heute nicht gefährdet wäre, wie die anderen 600 Wirtschaftsverträge auch nicht. Aber wenn das Volk in Zukunft etwas anderes will, dann soll verhandelt oder

nötigenfalls gekündigt werden!

Ein beliebtes Thema bei den Initiativgegnern ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Bundesrätin Sommaruga hat kürzlich in einem Interview gesagt, dass die Kündigungsfrage bei einer Annahme der Initiative durchaus aktuell werden könnte. Und zwar dann, wenn Urteile des Europäischen Gerichtshofs nicht umgesetzt würden.

Die EMRK steht in keinem Widerspruch zur Verfassung, sie muss bei einem Ja weder angepasst noch gekündigt werden. Der Europäische Gerichtshof ist aber völlig entgleist und entscheidet plötzlich über Einreise- und Aufenthaltsrechte von hochkriminellen arbeitslosen Ausländern, über AHV- und IV-Ansprüche oder über Steuern. Hier widerspricht er zum Teil unserem Recht. Ein aktuelles Beispiel ist der Entschluss, dass die Schweiz Vereine mit dem Zweck, Häuser zu besetzen, zulassen muss. Vereine, um Leute zu ermorden, muss man wegen der Menschenrechte wohl auch noch zulassen?! In solchen Fällen soll unser Recht vorgehen.

Die Selbstbestimmungsinitiative wurde von der SVP lanciert. Warum ist das Parteiloogo eigentlich nicht auf den Plakaten zu sehen? Nicht gerade transparent.

Das Logo ist nicht drauf, weil es bei dieser Initiative nicht um SVP-Inhalte geht. Das Komitee hat auch Mitglieder anderer Parteien. Ob Sie links, rechts, Mitte oder grün abstimmen – wichtig ist, dass Ihre Stimme weiter zählt und auch wieder vor Gericht gilt! tiz